## PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages

## der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg

## TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung, Konstituierung und Begrüßungen
2. Arbeitsberichte des Parteivorstandes

a) des Parteivorstandes
b) der Kontrollkommission
(Sonntag, den 21. Mai 1950)

## Vormittagssitzung

Der Parteitag tagte im Theatersaal des Gewerkschaftshauses, dem Besenbinderhof. Außen waren Lautsprecher angebracht, so daß die Freunde und Interessenten, die keine Gastkarte bekommen konnten, den Verhandlungen zu folgen vermochten. Bei dem heißen Sommerwetter hatten sich an diesem Sonntagvormittag zahlreiche Zuhörer eingefunden.

Mit den feierlichen Klängen der Fünften Symphonie von Beethoven, meisterhaft vorgetragen vom Hamburger Philharmonischen Orchester unter Leitung von Herrn Generalmusikdirektor Rückeburg, wurde der Parteitag eingeleitet.

## Eröffnung

Erichollenhauer:
Genossinnen und Genossen, verehrte Anwesende!
Vor der Eröffnung des Parteitages habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen. Wir wollen der Männer gedenken, die gestern einem schweren Bergwerksunglück zum Opfer gefallen sind. Nach den bis heute morgen vorliegenden Meldungen sind
auf der Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen-Rothausen 57 Tote und mehr als 40 Verletzte, darunter sehr viele Schwerverletzte, zu beklagen.

Wieder einmal hat der Bergbau schwere Opfer an Leben und Gesundheit gefordert und bitteres Leid über viele Familien gebracht. In einem einzigen Hause sind allein vier Tote. In diesem Augenblick ist es uns ein aufrichtiges Bedürfnis, den betroffenen Familien, den Frauen, Müttern und Kindern unser herzlichstes Beileid zum Ausdruck zu bringen und den Verletzten unsere herzlichsten Wünsche für ihre baldige Wiederherstellung auszusprechen. Das Bewußtsein unserer Anteilnahme an ihrem Unglück möge den Verletzten und Angehörigen der Toten die schweren Stunden erleichtern.

Der Parteivorstand hat beschlossen, daß wir hier auf dem Parteitag eine Sammlung veranstalten, deren Erträgnis als erster Beitrag der Hilfe für die Betroffenen noch heute an den Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen überwiesen werden soll. Die Angehörigen der Toten und die Verletzten in den Krankenhäusern mögen in dieser Handlung der Delegierten des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Ausdruck unserer engen Verbundenheit erblicken.

Genossinnen und Genossen, lassen Sie uns einige "Augenblicke der Toten gedenken. Ich danke Ihnen.

Verehrte Anwesende, Genossinnen und Genossen!
Ich habe die Aufgabe, im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands diesen Hamburger Parteitag zu eröffnen. Ich heiße Sie alle herzlichst willkommen.

Wir freuen uns, neben den gewählten Delegierten des Parteitages eine große Zahl von Gästen begrüßen zu können.

Wir danken den Vertretern der Besatzungsmächte und der ausländischen diplomatischen Missionen, daß sie unserer Einladung gefolgt sind. Wir sehen in ihrer Anwesenheit den Ausdruck des Interesses, das sie den Verhandlungen unseres Parteitages entgegenbringen.

Ich begrüße die Mitglieder des Senats der Stadt Hamburg, an ihrer Spitze den Bürgermeister dieser Stadt, unseren Genossen Max Brauer. Wir danken der Stadt Hamburg schon jetzt herzlichst für die gastfreundliche Aufnahme, die wir hier gefunden haben. Wir sind stolz darauf, in einer Stadt zu tagen, die unter sozialdemokratischer Verwaltung steht.

Das großzügige und eindrucksvolle Aufbauwerk, das in Hamburg unter sozialdemokratischer Führung begonnen und nach der Vertrauenskundgebung bei den Wahlen im vergangenen Jahr mit verstärkter Kraft fortgesetzt wird, ist für uns alle ein ermutigendes Beispiel sozialdemokratischer Initiative und Tatkraft.

Genossinnen und Genossen, unter unseren Gästen befindet sich in diesem Jahr eine besonders große Zahl von Vertretern befreundeter Organisationen. Es ist mir unmöglich, sie alle einzeln zu benennen und zu begrüßen. Unserer besonderen Freude aber möchte ich Ausdruck geben über die Anwesenheit des Vertreters des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Genossen Hans vom Hoff. In ihm und den zahlreichen weiteren Gästen aus den Industrieverbänden und aus der DAG begrüßen wir die Repräsentanten der großen Deutschen Gewerkschaftsbewegung. Wir fühlen uns mit ihr verbunden in dem Kampf um bessere Arbeitsund Lebensbedingungen für die arbeitenden Menschen und vor allem in den uns bevorstehenden Auseinandersetzungen über die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in den Schlüsselindustrien und über die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen in Betrieb und Wirtschaft.

Unsere beiden Organisationen haben verschiedene gesellschaftliche Funktionen und Aufgaben. Aber sie sind heute wie immer verbunden in dem Willen, Recht und Gerechtigkeit für alle arbeitenden Menschen zu erkämpfen. Wir haben bis vor wenigen Tagen die Hoffnung gehabt, auch den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, unseren Freund Hans Böckler, heute hier begrüßen zu können. Leider ist er durch eine ernste Erkrankung verhindert zu kommen. Ich bin aber
überzeugt, daß ich in Eurer aller Sinne handele, wenn ich vorschlage, daß wir Hans Böckler die herzlichsten Wünsche des Parteitages für seine baldige und völlige Wiederherstellung übermitteln. (Beifall.)

Wir haben zum ersten Male auch die Freude, zehn Gastdelegierte als Vertreter von Betriebsräten großer Werke hier auf unserem Parteitag begrüßen zu können. (Beifall.) Unsere Genossinnen und Genossen in den Betrieben haben in den letzten Wochen harte Arbeit leisten müssen. Wir haben noch keine vollständige Ubersicht über das Resultat der diesjährigen Betriebsrätewahlen, aber in großen Zügen steht es schon fest: Die Sozialdemokraten haben gewonnen, die Kommunisten haben weiter verloren. (Beifall.) In unseren Gästen aus den Betrieben grüßen wir alle unsere Genossinnen und Genossen, die in den Betrieben für die Ideen der deutschen Sozialdemokratie wirken.

Gestatten Sie mir sodann, daß ich auch den Vertretern der deutschen Genossenschaftsbewegung ein besonderes Wort des Grußes sage. Es ist das erstemal nach 1945, daß wir Vertreter der Genossenschaftsbewegung offiziell auf einem unserer Parteitage begrüßen können. Wir haben auf weiten Gebieten des wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Lebens gemeinsame Interessen, verwandte Ziele und Aufgaben. Ihnen zu dienen möge das Ziel eines ständigen und engen Kontaktes zwischen den Genossenschaften und uns sein.

Wenn ich den Rahmen dieser Eröffnungsansprache nicht sprengen will, muß ich mich jetzt damit begnügen, all den Freunden und Genossen zu danken, die als Vertreter großer Organisationen, wie der Kriegsbeschädigten, der Mieter, der Kleingärtner unserer Einladung gefolgt sind. Wir sehen in Ihrer Anwesenheit einen Beweis Ihres Vertrauens zur Sozialdemokratischen Partei und wir versprechen Ihnen, daß wir auch in unserer zukünftigen praktischen Arbeit versuchen werden, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Unsere Gästeliste ist schließlich auch diesmal durch eine große Zahl von- Delegierten der befreundeten sozialistischen Parteien im Ausland ausgezeichnet. Einige von ihnen haben bereits gestern abend in einer großen Versammlung der Hamburger Sozialdemokratie zu uns gesprochen, andere werden heute morgen zu uns sprechen. Ich möchte ihnen hier im Namen des Parteitages die herzlichsten Grüße der deutschen Sozialdemokratie entgegenbringen. (Lebhafter Beifall.)

Mit wenig Ausnahmen sind alle europäischen Parteien vertreten, mit denen wir in der Comisco zusammenarbeiten. Glücklicherweise ist in der Zeit seit dem Düsseldorfer Parteitag der persönliche und sachliche Kontakt zwischen den europäischen Sozialdemokraten enger geworden. Wir haben uns nicht nur auf den internationalen Tagungen getroffen, sondern wir haben versucht, durch Delegation von Studiengruppen das gegenseitige Verständnis für die Probleme der einzelnen sozialistischen Parteien zu wecken und zu vertiefen.

Wir würden aber dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir den Eindruck erwecken wollten, daß mit der Verbesserung der Kontakte und mit dem Anwachsen des gegenseitigen Vertrauens alle Probleme gelöst seien. Wir wissen heute besser als je zuvor, wie schwierig die Probleme der internationalen Zusammenarbeit und die Fragen einer umfassenden europäischen Zusammenarbeit zu lösen sind. Die Verhandlungen dieses Parteitages werden uns das erneut bestätigen. Die Einsicht in die Schwierigkeiten kann aber unseren Willen, zu einem neuen Europa von Freien und Gleichen zu kommen, nicht brechen. Wir werden es schrittwèise erarbeiten müssen. Die erste Voraussetzung für das Gelingen sind der gute Wille und das gegenseitige Vertrauen aller Beteiligten. In diesem Geiste begrüßen wir unsere ausländischen Genossen auf das herzlichste. Sie mögen sich selbst durch ihre Teilnahme an unseren Tagungen und Beratungen davon überzeugen, daß der Wille zum Aufbau einer freien und friedlichen Welt für alle Völker und für alle Menschen in der deutschen Sozialdemokratie ungebrochen lebendig ist.

Genossinnen und Genossen, ich würde die besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie verleugnen, wenn ich meine Begrüßungsworte an die Gäste ab-
schließen wollte, ohne die Namen von Lore Agnes, Otto Braun, Max Cohen-Reuß, Wilhelm Ditimann, Paul Löbe, Marie Juchacz, Anna Nemitz, Karl Severing, Fritz Wildung und Rudolf Wissel zu nennen. (Großer Beifall.) Soweit sie nicht durch ihre Parteiorganisation delegiert sind, haben wir sie eingeladen, in diesen Tagen mit uns zu sein, denn in jedem von ihnen verkörpert sich ein Stück unserer Parteigeschichte. Ja, ein Stück deutscher und europäischer Geschichte, von dem wir wünschen, daß alle Menschen in Deutschland es kennen würden. Wir wären dann mit der politischen Erziehung unseres Volkes ein großes Stück weiter.

Wir haben unsere alten Freunde nach hier eingeladen aus einem ganz einfachen Grunde: Wir wollen damit niemand heroisieren oder idealisieren. Aber wir sind eine Partei, die ihr politisches Streben auf dem Glauben an den Menschen aufbaut. Wenn wir uns hier auseinanderzusetzen haben mit den Problemen unserer Zeit, wenn wir uns selbst Aufgaben stellen, die unendich viel von den Menschen verlangen an Einsatz und Opferbereitschaft, dann wollen wir die Männer und Frauen unter uns sehen, die als Sozialdemokraten in einer politischen Arbeit von sechs Jahrzehnten vorgelebt haben, wie man einer großen Idee dient. Wir danken Euch, liebe Freunde, für Euer Kommen.

Nun, Genossinnen und Genossen, habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen. Ich habe der Genossinnen und Genossen zu gedenken, die seit unserem letzten Parteitage in Düsseldorf verstorben sind. Wir haben in unserem Jahrbuch die bekanntesten unter ihnen genannt: Franz Geiler, Freiburg, Josef Hofbauer, Frankfurt, Albert Grzezinski, New York, Alexander Stein, New York, Paul Bugdahn, Hamburg, Hugo Lindemann, Bensheim, Johann Reitze, Bensheim, Josef Simon, Nürnberg, Emil Kirschmann, New York, Fritz Cahn-Garnier, Mannheim, Walter Harich, Dortmund, Gustav Zimmermann, Mannheim, Alb. Roßhaupter, München. Jeder Name ist ein Stück Geschichte deutscher Sozialdemokratie. Einen habe ich aus der Aufstellung unseres Jahrbuches nicht erwähnt: Ernst Gnoß, Mitglied des Parteivorstandes seit 1946. Auf unserem Parteitag in Düsseldorf war er neben Paul Löbe einer der Vorsitzenden des Parteitages. Er war damals schon ein todkranker Mann, aber er kam aus dem Sanatorium, weil er als Bezirksvorsitzender des Bezirks Niederrhein auf dem Düsseldorfer Parteitag nicht fehlen wollte. Nur wenige wußten damals, daß er vom Tode gezeichnet war. Ein Aufenthalt in der Schweiz konnte sein Schicksal nicht mehr wenden. Wir haben ihn allzu früh verloren, aber werden immer seiner gedenken. Ein Name steht nicht in der Totenliste unseres Jahrbuches. Er war nicht Mitglied unserer deutschen Sozialdemokratischen Partei und er ist erst vor wenigen Wochen von uns gegangen: Léon Blum, der große Führer der französischen Partei und der anerkannte Repräsentant eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus in Europa. Sein Tod bedeutet einen schweren und unersetzlichen Verlust für die europäische Demokratie und für den europäischen Sozialismus.

Die Deutsche Sozialdemokratie trauert mit der französischen Sozialistischen Partei um einen der wertvollsten Menschen unserer Zeit. Indem wir die Toten ehren, die ich hier genannt habe, gedenken wir aller der vielen, die in der Zeit vom Düsseldorfer Parteitag an von uns gegangen sind.

Wir werden das Andenken aller in Ehren halten. (Die Versammlung erhebt sich von den Plätzen.) Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Genossinnen und Genossen, die Ihr als Vertrauensleute und Delegierte nach Hamburg gekommen seid, um zu beraten und zu beschließen über die Aufgaben der Partei in der vor uns liegenden Zeit. Jetzt gilt mein Gruß Euch! Wir haben eine Reihe harter Arbeitstage vor uns. Eine Füle von Problemen erwartet eine Antwort. Wir werden hier nicht in jedem, Falle das letzte Wort sprechen, aber ich bin sicher, daß dieser Parteitag eine machtvolle Demonstration unseres einheitlichen Wollens gegenüber den Aufgaben der nächsten Zukunft sein wird.

Ehe ich jedoch darüber einige Bemerkungen mache, möchte ich im Namen des gesamten Parteitages ein Wort an die Welt richten. Es ist der Ruf an die ganze zivilisierte Welt: Helft uns, gebt unsere Kriegsgefangenenfrei!
(Beifall.) Sie alle kennen den Tatbestand. Die Sowjetunion hat mitgeteilt, daß die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen abgeschlossen sei. Das Schicksal von $1^{1 / 2}$ Millionen Menschen versinkt hinter einem neuen Eisernen Vorhang, wenn es bei dieser Erklärung der Sowjetunion bleibt.

Selbst gegenüber großen Schicksalsschlägen, die einzelne oder eine Nation treffen, sind wir durch das Grauen der hinter uns liegenden Zeit stumpf geworden. Pathetische Worte, auch wenn sie aus einem übervollen Herzen kommen, wollen nicht mehr über die Zunge. Aber hier liegen vor uns all die qualvollen seelischen Nöte von Hunderttausenden hoffnungslos isolierter und wehrloser Gefangener und von Millionen von Müttern und Frauen und Kindern. Schafft wenigstens Gewißheit! Sorgt dafür, daß sie alle in der Zukunft die Freiheit erhalten, und schafft Gewißheit über das Schicksal der anderen!

Diese Gewißheit mag oft grausam sein. Aber sie ist immer noch besser, als das Grauen der Ungewißheit, weil diese Ungewißheit in Millionen von Menschen den Willen zum Leben und den Willen zum Neuen für immer zerstört, weil die neue Welt, die wir bauen wollen, mit dieser Hypothek an Unrecht und Ungewißheit nicht leben kann. Darum ist das erste Wort dieses Parteitages:

> Wir rufen die Welt! Helftuns, damit unsereKriegs- gefangenenfrei werden! (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir haben uns hier vereinigt, um in Freiheit und Unabhängigkeit zu beraten und zu beschließen über den Weg, den die Deutsche Sozialdemokratie innen- und außenpolitisch zu gehen gewillt ist. Ehe wir beginnen, ehe wir von der Freiheit des Wortes Gebrauch machen, haben wir aber ein Wort für andere zu sprechen. Wir haben zu sprechen für die Genossen in der russisch besetzten Zone Deutschlands. (Großer Beifall.)

Wann immer hier in diesem Raum in den nächsten Tagen das Wort Deutschland erklingt, dann meinen wir ganz Deutschland! (Bravorufe, sehr großer Beifall.)

Wenn wir beschließen über unser Tun und Lassen, dann stehen vor unserem geistigen Auge die Männer und Frauen, die als Delegierte unserer Partei heute unter uns wären, wenn nicht hinter der Elbe das Terrorsystem des Dritten Reiches in grausamer Form seine Wiederauferstehung erlebt hätte. (Zustimmung.) Wir vergessen die Menschen in der russisch besetzten Zone Deutschlands nicht, wir vergessen sie niemals! (Bravorufe, Beifall.) Unsere große Aufgabe, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu verwirklichen, wird erst dann vollendet sein, wenn ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlends unter den gleichen Bedingungen wie hier in Hamburg in Dresden oder Leipzig, in Magdeburg oder Rostock stattfinden kann. (Großer Beifall.) Niemand von uns vermay qu sagen, wann dieser Tag kommt. Aber wir sind gewiß, daß er kommt. (Beifall.) Unter einer Bedingung, Genossinnen und Genossen, unter der Bedingung, daß wir für die Einheit Deutschlands kämpfen ——— das ist der große politische Sinn des Kampfes um Berlin.

Ihr Berliner, als wir in Düsseldorf im September 1948 zusammen waren, da standet ihr vor dem schweren Blockadewinter. Ihr habt ihn gewonnen, ihr habt den Kampf gegen die Aushungerung gewonnen - nicht nur für eúch, auch für uns, ja, für das demokratische Europa.

Ihr wißt und wir wissen es, daß die Luftbrücke der Alliierten eine wesentliche Voraussetzung für diesen Sieg war. Sie war eine große technische und politische Leistung. Aber sie wäre nutzlos und sinnlos gewesen ohne den Kampf- und Widerstandsgeist der Berliner. (Beifall.)

Das Berliner Beispiel ist ein Beweis dafür, wieviel von der deutschen Initiative abhängt, soweit es um die deutsche Demokratie und um die deutsche Einheit geht. Wir vertrauen auf euch, und ihr könnt auf uns vertrauen. Zu Pfingsten wird Kurt Schumacher in Berlin sein. (Bravo-Rufe. Starker Beifall.) Es kommen sogar Minister, aber ohne den Kampf der Sozialdemokratie in Berlin im Jahre 1946 würden sie nicht da sein. (Sehr gut! Beifall.)

Genossinnen und Genossen, wir haben ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor uns. Außenpolitische und innenpolitische Entscheidungen von großer Bedeutung müssen getroffen werden. Ich will diesen Beratungen und Entscheidungen hier nicht vorgreifen. Nur zwei Bemerkungen möchte ich machen. Im Jahre 1925, vor 25 Jahren, fand hier in Hamburg der 3. Deutsche Arbeiterjugendtag statt. Er war wie alle Arbeiterjugendtage nach dem ersten Weltkrieg für alle Teilnehmer ein starkes Erlebnis. Wir, die wir dabei waren, haben es nicht vergessen. Aber dieser Hamburger Jugendtag hatte eine besondere Note. Sein Motto war „Für Jugendschutz und Jugendrecht". Es ging damals um die Stellung des jungen Menschen in der Wirtschaft, um Jugendschutz, um Lehrlingsausbildung und Ferien.

Auch auf diesem Parteitag geht es um die Stellung des arbeitenden Menschen in der Wirtschaft. Aber heute geht es nicht allein um seine sozialen Rechte. Selbstverständlich, auch sie müssen erkämpft und verteidigt werden; aber heutegeht e.s umdie Mitbestimmung undum die Mitgestaltung überdas Sozialehinaus in Wirtschaftsführung und in Wirtschaftslenkung.

Diese Forderung ist unausweichlich geworden. Selbst die Gegner wagen nicht, sie im Prinzip zu bestreiten. Unsere Aufgabe aber ist, sie zu konkretisieren und zu realisieren. Das ist eine der großen Aufgaben, die uns in der deutschen Innenpolitik für die nächste Zukunft gestellt sind.

Die zweite Bemerkung schließt auch an eine Hamburger Erinnerung an. Es ist die Erinnerung an den Internationalen Sozialistenkongre $\beta$ zu Pfingsten 1923. Ich glaube, es sind auf den Tag genau 27 Jahre vergangen, an dem hier im Hamburger Gewerkschaftshaus die Sozialistische Arbeiterinternationale gegründet wurde. Damit waren alle sozialistischen Parteien fünf Jahre nach dem Ende des ersten Weltkrieges wieder in einer gemeinsamen sozialistischen Internationale vereinigt.

Es war auch damals ein langer und beschwerlicher Weg. Jeder.Schritt vorwärts war mühsam. Aber das Eis war gebrochen worden, als sich auf der Frankfurter Konferenz 1922 die vier hauptbeteiligten sozialistischen Parteien Westeuropas über ein Programm der Reparationsleistung Deutschlands an die Sieger des ersten Weltkrieges einigten. Diese Konferenz war, wie sich später erst herausstellte, ein großer Erfolg. Sie war die Einleitung der Ära wirklich friedlicher Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und Deutschlands Gegnern aus dem ersten Weltkrieg.

Diese Periode unserer Geschichte war leider nur kurz; aber sie war die hoffnungsvollste, die die europäischen Völker seit 1918 überhaupt erlebt haben.

Warum diese Erinnerungen in dieser Stunde? Weil die Notwendigkeiten für ein Zusammengehen der europäischen Kräfte heute noch größer sind als damals. Aber der Erfolg von Frankfurt war nur unter einer Bedingung möglich: Unter der $\mathrm{Be}-$ dingung, daß die Beteiligten als Gleiche unter Gleichen verhandelten. Hier liegt heute das Problem. Es ist im Grunde innen- und außenpolitisch das gleiche Problem. Wenn wir die deutsche Sozialdemokratie den Gefahren rechts- oder linksradikaler Bestrebungen gegenüber schützen wollen, dann müssen wir in Deutschland eine neue soziale Ordnung schaffen. Die Mitbestimmung der Arbeiter ist kein betriebstechnisches oder soziales Problem. Es ist ein eminent politisches Problem. Mit seiner positiven Lösung im Sinne der Vorstellungen der organisierten Arbeiter steht und fällt das Schicksal der deutschen Demokratie. (Sehr wahr! Zustimmung.)

Außenpolitisch werden wir die Notwendigkeiten europäischer Zusammenarbeit nur erfüllen können, wenn alle europäischen Völker, die sich für die westeuropäische Kultur und Zivilisation entschieden haben - und dazu gehört Deutschland -, in dieser europäischen Zusammenarbeit das gleiche Recht der Mitbestimmung haben. Es einem Partner zu verweigern, heißt Europa zu gefährden.

Das sind im Grunde die Fragen, vor denen wir heute und morgen stehen. Ich bin sicher, wir werden die rechte Entscheidung fällen.

Genossinnen und Genossen, der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eröffnet! (Starker, anhaltender Beifall.)

Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Konstituierung des Parteitages. Nach der Geschäftsordnung dẹs Parteitages besteht das Präsidium des Partei-
tages aus zwei Vorsitzenden und vier Schriftführern. Ich bitte um Vorschläge für diese Funktionen.

Runge, Düsseldorf, schlägt als Schriftführer des Parteitags vor: RaederGroßmann, Berlin, Frieda Bendtfeld, Kiel, Willi Schirrmacher, Köln, und Johann Marx, Würzburg.

Der Parteiausschuß schlägt für die Vorsitzenden des Parteitages vor: Karl Meitmann, Hamburg, Vorsitzender der gastgebenden Organisation des Parteitages, und den Vorsitzenden der Kontrollkommission der Partei, Adolf Schönfelder.

Die Vorschläge werden einstimmig angenommen und das Präsidium nimmt die Plätze ein.
Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Wir danken für das Vertrauen. Wir werden ernstlich versuchen, es uns zu verdienen. Wir müssen jetzt die Konstituierung des Parteitages vollenden. Dazu ist nötig, daß die Mandate geprüft werden. Es ist eine Mandatsprüfungskommission zu wählen. Ich bitte um Vorschläge.

Gen. Höhne schlägt als Mitglieder für die 9köpfige Mandatspriufungskommission aus den Bezirken vor:

Karl Koch, Düsseldorf<br>Walter Feiler, Wiesbaden<br>Frau Margot Bergmann, Regensburg<br>Werner Lutz, Oldenburg<br>Eitel Höhne, Eschwege<br>Rudolf Heimlich, Mainz<br>Alex Völker, Berlin<br>Alfred Thomas, Hannover, und<br>Alfred Nau (Parteivorstand)

Der Parteitag nimmt diese Vorschläge ebenfalls einstimmig an.
Vorsitzender Schönfeelder: Wir werden uns dann über die Geschäftsordnung schlüssig werden, nach der wir unsere Verhandlungen führen wollen. Es liegt Ihnen als Entwurf die Vorlage Nr. 2 vor. Es ist eine Geschäftsordnung, wie sie bisher auf den Parteitagen üblich war. Wird das Wort verlangt? Bitte sehr.

Theo Thiele, Berlin: Genossen! Wir haben auf dem heutigen Parteitag ein neues Statut zu beschließen. Dieses Statut ist in seinen Einzelheiten umstritten. Man könnte dazu kommen, mit der Annahme des ersten Absatzes der Geschäftsordnung eine Festlegung für die Formulierungen im Statut zu treffen. Ich möchte darauf hinweisen, daß mit der Zustimmung zur Geschäftsordnung die Statutenberatung nicht vorweggenommen werden kann und bitte deshalb, daß der erste Absatz der Geschäftsordnung gestrichen wird.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß wir den Absatz 1 auch gelten lassen müssen, denn die Einladung und die Organisation des Parteitages beruht natürlich auf diesem Vorschlag und auf dem alten Statut. Absatz 1 ist eine Abschrift aus dem Statut. Wenn die Meinung der Berliner dahin geht, das zu ändern, dann würde es nach meiner Überzeugung erst vom nächsten Parteitag an Gültigkeit haben können. Ist es auch die Meinung des Parteitages? Ich hoffe das. (Heiterkeit.)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Geschäftsordnung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) - Gegenprobe. - Das ist gegen wenige Stimmen angenommen.

Ich habe weiter ein paar Worte zu sagen über die Einteilung, nach der wir unsere Arbeit leisten wollen: Wir sollen heute bis 13.00 Uhr tagen. Um 13.30 Uhr erfolgt auf dem Friedhof in Ohlsdorf eine Kranzniederlegung am Denkmal der Opfer des Faschismus. Es wird nötig sein, um 13.00 Uhr hier die Verhandlungen zu schließen, um dem Präsidium, dem Vorstand und allen interessierten Genossen, die
sich daran beteiligen wollen, die Möglichkeit dazu zu geben. Fahrgelegenheit wird vorhanden sein. Am Denkmal wird die Ansprache von dem Genossen Löbe gehalten werden. Wir werden dann heute um 15.00 Uhr wieder beginnen und bis längstens 18.00 Uhr tagen. Also auch damit ist der Parteitag einverstanden. Um 19.30 Uhr findet dann ein Empfang im Rathaus statt, zu dem Sie alle Einladungen erhalten haben.

An den anderen Tagen soll getagt werden von morgens 9.00 bis 18.30 Uhr. Wir werden dann am Mittwoch tagen bis 14.00 Uhr. Am Mittwoch findet um 16.00 Uhr eine Hafenrundfahrt statt, vielleicht bis Blankenese. Am Donnerstag hofft der Vorstand, den Parteitag um 14.00 Uhr schließen zu können. Das sind die Zeiten, die ich glaubte, Ihnen noch einmal zur Kenntnis bringen zu müssen.

Wir haben dann noch zu entscheiden über die Tagesordnung. Wird dazu das Wort gewünscht? - Ich nehme an, der Parteitag ist mit der Aufstellung der gedruckt vorliegenden Tagesordnung einverstanden. - Das ist der Fall.

Nun möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Fragen richten, in denen wir nicht nur politisch übe instimmen, sondern die uns alle am Herzen liegen und in denen unsere Gefühle einheitlich zusammenklingen. Der Genosse Ollenhauer hat auf diese zwei Fragen schon hingewiesen. Es ist nicht nötig, noch weitere Worte zur Begründung zu verlieren.

Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission schlagen Ihnen vor, eine Entschließung zur Befreiung der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion anzunehmen. Sie liegt Ihnen gedruckt vor. Wird dazu das Wort gewünscht? Ich nehme an, daß wir das ohne Diskussion beschließen können.

Mir scheint, daß es notwendig ist, diese Entschließung doch noch einmal hier zu verlesen!

## Resolution zur Kriegsgefangenen-Frage

„Fünf Jahre nach Beendigung des Krieges warten noch ehemalige deutsche Soldaten, verschleppte Jugendliche, Frauen und Zivilisten in fremden Ländern auf ihre Rückkehr in die Heimat.

In Frankreich, Holland und Belgien sitzen deutsche Kriegsgefangene seit Jahren in Untersuchungsgefängnissen, ohne daß bisher ihre Gerichtsverhandlung stattgefunden hat. Andere verbüßen in diesen Gefängnissen langjährige Strafen, weil sie Wehrmachtseinheiten angehört haben, bel denen einzelne die Gebote der Menschlichkeit verachteten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands appelliert an das französische, belgische und holländische Volk und ihre Regierungen, der Völkerversöhnung mit einer wahren Rechtsprechung zu dienen, ohne den Gedanken der kollektiven Verurteilung anzuwenden. Wir bitten die Regierungen, alle Gerichtsverhandlungen sofort abzuschließen und die bereits gefällten Urteile einer Überprüfung zu unterziehen.

Aber um ein Vielfaches größer ist die nach Zehntausenden zählende Armee von bestraften Kriegsgefangenen aus den Ostländern Sowjetrußland, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Wenn auch Transporte von verurteilten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion als Heimkehrer eintrafen die Masse der seit 1946 wegen geringfügiger Vergehen zu langen Jahren Zwangsarbeit Verurteilter hat noch nicht seine Freiheit wiederbekommen. Dazu kommen in Sowjetrußland, Polen, der Tschechoslowakei und Albanien noch zahlreiche Kriegsgefangenenlager, deren Männer nicht zur Verurteilung gelangten.

Noch immer wird die Masse der aus Deutschland verschleppten Jugendlichen, Frauen und Zivilisten in der Sowjetunion festgehalten.

Sie sind zu Zwangsarbeitssklaven degradiert worden.
Die Sozialdemokratie fordert die sofortige Freilassung und Heimführung dieser Unglücklichen.

Die SPD ruft alle Demokraten der Welt auf, sich zu einem gemeinsamen Protest für eine schnelle Befreiung dieser unglücklichen Menschen zusammen-
zuschließen. Der Friede kann nur erhalten bleiben, wenn die Freiheit des einzelnen gesichert ist.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, ein Verzeichnis aller aus westlicher Kriegsgefangenschaft Verurteilter und noch zur Verurteilung stehender Männer aufzustellen, mit der Angabe, welche Schritte für die Inhaftierten eingeleitet wurden und zu welchem Erfolg diese führten.

Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, Verhandlungen mit Spanien aufzunehmen und Mittel bereitzustellen, um die Heimkehr der nach Spanien geffüchteten Kriegsgefangenen zu ermöglichen.

Aus Spanien bereits zurückgekehrte Kriegsgefangene sollen die Kosten der Rückreise nach Deutschland erstattet erhalten, wenn diese sie selbst oder ihre Angehörigen bezahlt haben."
Wer dieser Entschließung zustimmt, bitte ich die Hand zu heben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich stelle Einmütigkeit fest.

Ich habe dann die zweite Entschließung zur Lage in der Sowjetunion bekanntzugeben:

## Zur Lage in der Sowjetzone:

„Die Entwicklung im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands; in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik, veranlaßt den Parteitag der Sozialdemokratie, warnend auf die Zustände in diesem Teil Deutschlands hinzuweisen, die unvereinbar geworden sind mit den elementarsten Grundsätzen menschlichen Gemeinschaftslebens. Die fünfjährige Entwicklung in der Sowjetzone hat die geschichtliche Erfahrung bestätigt, daß unter. der Herrschaft einer totalitären Besatzungsmacht keine freiheiliche Entwicklung echter demokratischer Lebensformen möglich ist.

Seit fünf Jahren wird in der Sowjetzone um die einfachsten menschlichen Freiheiten gekämpft. Die Normen eines demokratischen Rechtsstaates haben 'in der Sowjetzone keine Geltung. Dort herrscht der permanente Terror. Im Kampf um Freiheit, Recht und Demokratie stehen seit 1945 die Sozialdemokraten in vorderster Front. Der kommunistische Ausrottungskampf hat unter den Sozialdemokraten Mitteldeutschlands große Opfer gefordert. Hunderte und Tausende, von Funktionären der Sozialdemokratischen Partei sowie Tausende namenloser Freiheitskämpfer, die heute in den Gefängnissen und KZ's der sowjetischen Besatzungszone oder in der Sowjetunion leiden, sind Zeugen dieses Kampfes.

Der Parteitag weist besonders auf die Militarisierung der Sowjetzone hin. In den sogenannten Polizeibereitschaften werden unter Führung sowjetischer Offiziere Kader-Truppen ausgebildet, die nicht nur der Sicherung des herrschenden kommunistischen Regimes dienen, sondern für offensive Bürgerkriegsziele formiert werden. Die kommunistische Aggressionspolitik hat die Zonengrenze zu einer Frontlinie des Kalten Krieges werden lassen.

Die kommunistische Staatspartei, die SEP und ihr Anhang getarnter Organisationen werden vom deutschen Volk als russenhörige Quislinge abgelehnt. Erpreßte Geständnisse und Schauprozesse, die in GPU- und SSD-Kellern vorbereitet werden, sollen von den inneren Widersprüchen der bolschewistischen Ideologie und Praxis ablenken. Die sowjetischen Drahtzieher wissen, daß geheime und freie Wahlen die Machtstellung der Stalinisten in Mitteldeutschland zertrümmern würden und die SEP eine bedeutungslose Splitterpartei, ähnlich der KP iṃ Westen, werden müßte. Deshalb wurden die bereits 1948 fälligen Wahlen verschoben, und die im Oktober 1950 stattfindenden Wahlen werden „volksdemokratisch" mit einer Einheitsliste durchgeführt.

Der Parteitag der Sozialdemokratie fordert zur Wiederherstellung der deutschen Einheit freie und gesamtdeutsche Wahlen. Voraussetzung dieser Wahlen ist jedoch die Gewährleistung der freien Betätigung aller demokratischen Parteien unter Viermächtekontrolle und wirksame Garantie für die Abwehr aller bolschewistischen Terrorversuche. Um jede kommunistische Sabo-
tage und jeden Versuch, den politischen Willen des Volkes zu verfälschen, unmöglich zu machen, muß die aus freien Wahlen hervorgehende gesamtdeutsche Nationalversammlung eipe wirksame Macht ausüben können.

Der Hamburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie grüßt mit Stolz und Zuversicht die Genossen in der Sowjetzone und erklärt seine enge Verbundenheit mit ihrem opferreichen Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Das Wirken der Sozialdemokraten in der Sowjetzone ist ein entscheidender Beitrag im Kampf um ein einheitliches freies Gesamtdeutschland. Dieser Kampf ist ein mahnendes Vorbild für alle freiheitlichen Kräfte.

Den kämpfenden Sozialdemokraten und allen Opfern des kommunistischen Terrors gilt unser Gelöbnis und unser Gruß:
Freundschaft - Freiheit!"

Wer dieser Entschließung zustimmen will, bitte ich eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

- Ich stelle auch hier einstimmige Annahme fest. Ich glaube, mit diesen beiden Entschließungen haben wir zum Ausdruck gebracht, was uns alle bewegt.

Wir können jetzt in der Tagesordnung fortfahren. Wir haben zunächst die Freude, die Begrüßungen der Vertreter verschiedener Institutionen zu hören. Ich kann nunmehr mit den Ansprachen beginnen. Es hat zunächst der Vertreter der Hansestadt Hamburg, der Präsident des Senats, unser Genosse Max Brauer, um das Wort gebeten.

Verzeihung, Herr Bürgermeister! Wir haben die Reihenfolge nicht eingehalten. Ich darf deshalb, alter UUbung entsprechend, dem Vertreter der gastgebenden Organisation, dem Vorsitzenden des Bezirks Nordwest, Karl Meitmann, das Wort geben.

KarlMeitmann, Hamburg:
Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen!
Als Vorsitzender des Bezirks Hamburg Nordwest und der Landesorganisation Hamburg unserer Partei begrüße ich Sie auf das herzlichste.

Ich entbiete Ihnen den Willkommensgruß von 54000 Männern und 20000 Frauen, die in diesem drittgrößten Bezirk unserer Partei in den beiden Großstädten Bremen und Hamburg und im Regierungsbezirk Stade des Landes Niedersachsen als organisierte Mitglieder unserer Partei treu und fest zu unserer Sache stehen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Sie, die Sie hier versammelt sind, sind die gewählten Delegierten, die ausgewählten Sprecher von fast einer Million Mitglieder, die in großem Vertrauen und mit tiefster Anteilnahme diesen Beratungen folgen und Ihre Beschlüsse zu ihren eigenen machen werden. Ich bin sicherlich mit Ihnen einig und überzeugt, daß Ihre Beratungen in einem Geiste geführt und Ihre Beschlüsse von solchem Gewicht und von solcher Weitsicht und Klarheit getragen sein werden, daß alle unsere Mitglieder und weitere Millionen unseres Volkes sie freudig aufnehmen und für sie wirken und werben werden.

Wer sind unsere Mitglieder, die Sie hier auf diesem Parteitag vertreten? Ihnen gilt mein erstes Wort. Es sind die Männer und Frauen der Arbeit aus allen Bereichen des wirtschaftlichen und geistigen Lebens unseres Volkes - es sind jene Menschen, die durchgedrungen sind zu der Erkenntnis, daß sie als Einzelne nur wenig oder gar nicht vorankommen können und daher durchdrungen sind von dem Willen, ihre schwachen Kräfte zu vereinigen in freiwilligem Zusammenschluß. Sie alle wissen, daß ihr eigenes so bedrängtes Leben und das ihres Volkes nur gemeinsam gestaltet werden können, und daß sie mit allen Gleichgesonnenen in der ganzen Welt zusammenwirken müssen, um der Zukunft ihrer Kinder und ihrer eigenen Zukunft ein helleres Gesicht, eine freudigere Seite abzugewinnen. Diese Männer und Frauen wollen nicht mehr, wie leider noch so viele Menschen es tun, in Verdrossenheit und Tatenlosigkeit dahinvegetieren, sie glauben nicht an Wunder. Als denkende Menschen, als freie politische Staatsbürger, vertrauen sie ihrer eigenen gesammelten Kraft in ihrer Partei.

Jawohl, Partei wollen sie nehmen - gegen den Unverstand und das Unrecht, unter dem sie selbst und ihre Mitmenschen leben! Partei wollen sie nehmen für
den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft, für ihre eigene Freiheit und die Freiheit aller Menschen und Partei wollen sie nehmen für alle Schwachen, Bedrängten und Ausgebeuteten. Das sind unsere Glieder, unsere Mitglieder, an und im Organismus unserer Partei. In Ihnen, den Delegièrten und Vertrauensträgern unserer Mitgliedschaft, begrüße ich zunächst und bewußt zuerst alle diese Männer und Frauen, die uns Vertrauen und denen wir Vertrauen schenken, daß sie mit uns eines Geistes sind - den großen Freundschaftsbund, die ganze Sozialdemokratische Partei Deutschlands. (Beifall.)

Insbesondere aber begrüße ich alle Genossinnen und Genossen in jenen Gebieten Deutschlands, in denen sie, einem blutbefleckten Terrorregiment kaum entgangen, erneut von einem schlimmeren und schandbareren Gewaltregiment daran gehindert werden, ihre Delegierten hierher zu entsenden. Wir bleiben. diesen Genossinnen und Genossen für immer und unlösbar verbunden.

Sodann begrüße ich aufs wärmste und freudigste die Delegierten und Gäste unserer Bruderparteien und der anderen befreundeten Organisationen des Auslandes, die uns in so großer Zahl wiederum auch auf diesem Parteitag die Ehre ihres Besuches geben, um mit uns zu raten und mit uns Fühlung zu nehmen.

Gerade ihnen, unseren Freunden außerhalb Deutschlands, hegen wir die zuversichtliche Hoffnung, daß sie ihre Kenntnisse von der Politik der deutschen Sozialdemokratie, von den Aufgaben, vor die sie gestellt ist, vermehren, vertiefen und notfalls auch korrigieren können durch ihre Teilnahme an diesem Parteitag, durch ihre Erlebnisse in Hamburg und durch ihre persönlichen Gespräche mit den Delegierten und den Hamburger Genossinnen und Genossen. Wir wünschen nichts sehnlicher als gerade dies - damit sie bei ihren Genossen und Landsleuten unsere guten und wahren Dolmetscher sein können.

Genossinnen und Genossen, wir tagen hier in einem Hause und in einer Stadt, die beide eine freiheitliche Tradition - und ich darf es mit berechtigtem Stolz und doch in Bescheidenheit sagen - einen großen und bedeutungsvollen Namen tragen.

Das Hamburger Gewerkschaftshaus, in dem wir hier tagen, wurde am 29. Dezember 1906 von dem damaligen Vorsitzenden unserer Partei, von August Bebel, mit einer Rede eingeweiht, in der er dieses echte Denkmal der Arbeit und der Arbeiterschaft als die Waffenschmiede der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnete.

Und Hamburg selbst trägt in Deutschland und darüber hinaus den Namen „Deutschlands Tor zur Welt". Es ist gewiß wahr, daß an dieser Entwicklung Hamburgs der Wagemut kühner Seefahrer und die Klugheit und Zuverlässigkeit liberaldenkender Pioniere des Handels einen bedeutenden Anteil hatten. Dieses Verdienst soll von mir in keiner Weise geschmälert werden, wenn ich feststelle, daß gerade in den letzten ${ }^{*}$ Jahrzehnten und nach dem Kriege - daß Hamburg dies nicht geworden wäre, was es war, ohne die Arbeiter, und erst recht nicht das, was es nach 1945 wieder geworden ist, ohne die Vertreter seiner werktätigen Bevölkerung im Hamburger Parlament, in der Hamburger Verwaltung und in dem geistigen Leben in unserer Hamburger Landesorganisation.

In Hamburg-Altona entstand vor fast 80 Jahren eine der größten Ortsgruppen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, gegründet von Ferdinand Lassalle. Als er gestorben war, sangen die Hamburger Sozialdemokraten: "Ist auch der Sämann gefallen, in guten Boden fiel die Saat."

Mit Stolz haben die Jungen dies Lied der Arbeit aufgenommen, und in unseren Kundgebungen dokumentieren wir diese Arbeit und diesen Stolz als Freunde unserer Bewegung.

Im letzten Oktoberwahlkampf um die Hamburger Bürgerschaft brachte der als Vaterstädtischer Bünd zusammengeschlossene Kampfblock der CDU, FDP und DKP gegen die Sozialdemokratie ein Plakat heraus, in dem der Aufbau des Hamburger Hafens gezeigt wurde, und darunter stand in dem Plattdeutsch, das hier oben gesprochen wird:
"Wat hebbt de Sozis dorbi dohn? - Nix!"

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist ihnen nicht nur an Geldkosten für das Plakat teuer geworden, sondern beide Parteien hat das Zehntausende Wählerstimmen und der sogenannten Freien Demokratischen Partei ihre drei Senatssitze in der Regierung gekostet; denn seit diesem 16. Oktober und dieser Front gegen unsere Arbeit und Leistungen machen wir nun die Arbeit allein. (Bravorufe, Beifall.)

Hier in Hamburg haben die Sämänner der Frühzeit unserer Arbeiterbewegung gewirkt, die uns unvergeßlich bleiben. Der bekannteste und beliebteste - ich nannte ihn schon -, der hier dieses Haus einweihte, war August Bebel. Aber die anderen, und sie sind längst nicht vollständig zu nennen - Ignatz Auer, dessen Namen noch heute unser Verlag trägt, Johannes Wedde, Karl Frohme, Hermann Molkenbuhr, Adolf von Elm, Helmar Steinbach! Und dann -- nach 1918 - als Hamburger Bürgermeister Otto Stolten und Rudolf Roß, weiterhin der Vorsitzende des Reichsbanners: der von den Henkern Hitlers hingemordete Theo Haubach und der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend Hamburgs und Mitglied des Parteivorstandes, unser unvergeßlicher Max Westphal! (Beifall.)

Hier in Hamburg, Genossinnen und Genossen, dokumentierte sich die Konsumgenossenschaftsbewegung stärker als in irgendeinem anderen Bereich Deutschlands, und in diesem Hause wurden die Pläne zur Zusammenfassung der Vereinheitlichung der Gewerkschaften gefaßt, und hier wurden viele leidenschaftliche Diskussionen, aber auch die gefaßten Beschlüsse durchgeführt.

Der einzige Hamburger Parteitag der Sozialdemokratie, der dem heutigen vorausging, liegt nun schon 53 Jahre zurück.

Aber hier in Hamburg trafen sich im Jahre 1923 zum erstenmal nach dem ersten Weltkrieg die Vertreter und Delegierten der Sozialisten aus allen Ländern Europas und der Welt, und diese internationale Durchführung der Sammlung und der Suche nach einem gemeinsamen Willen ist das große Problem unserer Zeit. Ich stelle fest, daß dieses eine erhebende Kundgebung der Einigkeit der sozialdemokratischen Parteien gewesen ist, nicht nur in der Verurteilung und nicht nur in der Verneinung des Krieges, sondern auch in der Beurteilung; seine Folgeprobleme gemeinsam und ohne $H a ß$ und Rache und Bevormundungsgedanken durchzuführen. Als die Delegierten dieses Kongresses auseinandergingen, jeder in sein Land zurück, da wußten sie sehr wohl, daß sie alle von ihren politischen Gegnern mehr oder weniger angegriffen, ja sogar als Landesverräter angegriffen und beschimpft werden würden. Und dennoch und trotzdem nahmen sie den Kampf auf und wurden nicht müde in ihrem Wirken für die Verständigung unter den Völkern. Das ist auch heute unser Wunsch, und damit will ich meine Begrüßung schließen. Es ist unsere Hoffnung: Möge dieser Parteitag uns alle ohne Ausnahme in den Stand setzen, - unsere internationalen Freunde in ihren Ländern und unsere deutschen Delegierten in Deutschland - für die Idee der sozialen Gerechtigkeit und damit für die Idee des Friedens unter den Menschen neue überzeugte Anhänger zu gewinnen. Freundschaft! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Ich habe nunmehr eine Liste, und die Gefahr, daß ich aus der Reihe komme, wird wohl nicht wieder auftreten. Darf ich nunmehr dem Präsidenten des Senats, dem Bürgermeister Brauer, das Wort geben.

Max Brauer, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Meine lieben Freunde! Voll Stolz und Freude begrüße ich den Parteitag und ich bin überzeugt, daß das herzliche Willkommen zu den sozialdemokratischen Vertretern hier in Hamburg geteilt wird von der überwältigenden Mehrheit der Hamburger Bevölkerung weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus. (Starker Beifall.)

Wir werden alles tun, um die Arbeit des Parteitages zu erleichtern und Ihnen die Tage in Hamburg so angenehm wie möglich zu machen. Die Hamburger Sozialdemokratie ist so alt wie die deutsche Arbeiterbewegung, wie die deutsche Sozialdemokratie. Die bewegte Geschichte unserer Partei, die Rückschläge, die schweren Kämpfe, die die Partei hat durchstehen müssen, sie sind auch hier gekämpft worden. Was die Hamburger Sozialdemokratie durch die Zeit hindurchgetragen hat und was ihr immer neue Kraft gegeben hat, das war die Uberzeugung
und das Bekenntnis zu dem Ideal des -demokratischen Sozialismus. Von diesem Glauben und von diesem Ideal ist bestimmt worden die offene Bereitschaft, die Treue zur Partei, die hier in Hamburg so tief im Herzen eines jeden Sozialdemokraten wurzelt.

Wir haben nicht nur das sozialdemokratische Ideal durch die Zeit getragen, sondern in den Jahrzehnten des politischen Wirkens überall uns der Gegenwart gestellt und keine Chance ungenutzt gelassen, um auf dem Kampffeld der Gewerkschaften, der Genossenschaften oder im politischen Kampffeld voll zu bestehen, um das Los der Arbeiter zu erleichtern und den großen Freiheitskampf mitzukämpfen im Rahmen der deutschen Sozialdemokratie, im Rahmen Deutschlands, im Rahmen der Internationale.

Genossinnen und Genossen! Das Mittelalter und das 19. Jahrhundert haben die großen Städte geschaffen, die nun zum Teil in Trümmer liegen. Sie waren die Schöpfungen des deutschen Bürgertums. Aber das Jahrhundert, das nun zur Hälfte schon hinter uns liegt, zeigt hier in Hamburg immer wieder den Einfluß der Hamburger Sozialdemokratie auf die kommunale Arbeit, auf die städtische Verwaltung, auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Nach 1918 hat die sozialdemokratische Mehrheit hier in Hamburg das Heft in die Hand genommen, und dasselbe mußte notwendigerweise auch 1945 geschehen. Nun möchte ich hier gleich von vornherein sagen, jenen bürgerlichen Kleingläubigen oder vielleicht auch Illusionisten: Wir sind nicht gekommen, um in einer Episode die Herrschaft zu übernehmen, sondern wir sind gekommen, um die Führung in Hamburg nie mehr aus der Hand zu geben. (Stürmischer Beifall.) Wir werden nicht der Versuchung unterliegen, darunter zu Schaden kommen zu lassen die echte Demokratie, wir werden nicht der Versuchung unterliegen, irgend etwas zu übernehmen vom totalitären Staat Hitlers. Aber wir wollen aus dem Turm heraus in Hamburg. Wir wollen nicht nur die Lohnarbeiter bei uns sehen, sondern auch diejenigen, die soziologisch zu uns gehören, die breiten Massen der Bevölkerung. Wenn wir deren Vertrauen erwerben durch unsere Arbeit, dann kann uns niemand die Führung streitig machen. Wir glauben, in Hamburg ein Modell schaffen zu müssen, was schöpferischer Geist der Sozialdemokraten aus einer gemeindlichen Verwaltung zu machen versteht. Wir sind 1945 hier in einem Trümmerhaufen zur Führung berufen worden, - wie auch nach 1918 ein Trümmerhaufen aufzuräumen war. Aber wir haben micht die Hände in den Schoß gelegt, uns selbst bemitleidend, sondern haben uns, in dem Glauben an die Zukunft, den Dingen gestellt und versucht, sie zu meistern. Wir wollen aus der Not der Zeit, aus den Rückschlägen der Diktatur und des Krieges unserer Bevölkerung im Rahmen der Deutschen Republik eine neue Welt bereiten, die Welt der Demokratie und des Sozialismus, wir wollen zeigen, daß die Sozialdemokraten befähigt sind, schöpferisch zu wirken. Belichten Sie uns nicht nach dem, was in den drei Jahren geschehen ist. Wir haben noch unendlich viel Arbeit vor uns, aber wir scheuen uns nicht, sie anzupacken. Wir hoffen, daß unsere Genossen draußen, die auf unsere Arbeit blicken, überall den Gegnern sagen können, was die Sozialdemokratie in der Lage ist, Entscheidendes zu tun. Geht nach Hamburg und seht Euch die Dinge an. Dann werden wir die rechte Freude an unserer Arbeit haben.

Vorsitzender Schönfelder: Es hat nummehr das Wort der Genosse Hans vom Hoff vom Deutschen Gewerkschaftsbund.

Hans vom Hoff, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Im Auftrage des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und insbesondere im Auftrage unseres Vorsitzenden, des Kollegen und Genossen Hans Böckler, der leider durch Krankheit verhindert ist, an der Tagung hier teilzunehmen, habe ich Ihnen die herzlichsten Grüße zu übermitteln.

Durch Uberwindung der früheren Richtungsgewerkschaften ist die neue einheitliche Gewerkschaftsbewegung entstanden, die heute in der Bundesrepublik über fünf Millionen Mitglieder umfaßt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Bewegung einen bedeutenden Faktor im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Leben des Volkes darstellt. Die Gewerkschaftsbewegung ist parteipolitisch neutral. Parteipolitische Neutralität bedeutet aber nicht politische Indifferenz. (Sehr richtig.) Wir können als Gewerkschaftler nicht darauf verzichten, im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen die Tätigkeit der Bundesregierung, der Landesregierungen und der politischen Parteien zu beeinflussen und deren Handlungen kritisch zu betrachten. Soweit politische Parteien den gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber nicht aufgeschlossen sind, bestimmen sie damit selbst die Haltung, die die Gewerkschaft ihnen gegenüber einnimmt. Daraus ergibt sich auch selbstverständlich, daß trotz oder gerade wegen der parteipolitischen Neutralität ein enger Kontakt mit denjenigen politischen Parteien besteht, die diese Voraussetzungen erfüllen.

Im Vordergrund der gewerkschaftlichen Tätigkeit stehen neben der Bewältigung der üblichen gewerkschaftlichen Tagesarbeit heute drei Grundprobleme, die nur in engem Zusammenwirken mit jenen politischen Parteien gelöst werden können, die sich für die Interessen der Arbeitnehmerschaft auch tatsächlich einsetzen.

Da ist zunächst das Problem der Reform der Sozialversicherung. Hier scheitert die an sich so notwendige Reform an der Einstellung einiger Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition. Wir müssen uns daher im Augenblick mit einer Neuordnung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung begnügen.

Bei der Neuordnung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß neben der Widerherstellung der Rechte, wie sie bis 1933 bestanden, auch ein Mindestmaß an Fortschritt, der sich aus der Entwicklung ergeben hat, erreicht wird.

Leider müssen wir feststellen, daß der Regierungsentwurf bei einem Teil der Selbstverwaltung der Sozialversicherung sich nicht etwa auf die Wiederherstellung der Verhältnisse vor 1933 beschränkt, sondern Verhältnisse wünscht, wie sie vor der Jahrhundertwende nicht einmal bestanden habeñ. (Hört, hört.)

Aus diesem Grunde begrüßen wir den Initiativantrag der SPD, der nicht nur eine Wiederherstellung der früheren Selbstverwaltung erstrebt, sondern auch dem notwendigen Fortschritt Rechnung trägt.

Wir danken als Gewerkschaftsbewegung der SPD dafür, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen zumindest alles versucht, was auf diesem Gebiete einigermaßen möglich ist, wobei wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Durchsetzung dieses Initiativantrages noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird.

Das zweite Problem ist das Problem der Mitbestimmung, das der Genosse Ollenhauer hier schon angeschnitten hat. Unsere Forderung nach Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit zwingt dazu, daß wir das Problem der Mitbestimmung nicht nur in irgendwelchen Teilabschnitten, sondern generell lösen. Der Kampf gegen unzureichende Löhne läßt sich nicht nur allein regeln durch Abschluß von nominellen Gehalts- und Lohntarifen, entscheidend ist vielmehr die Erhöhung des Reallohnes. Eine Erhöhung des Reallohnes ist aber nur möglich, wenn wir Einfluß auf die Produktion und die Preisgestaltung - also auf die Wirtschaft gewinnen.

Das Problem der Erreichung der Vollbeschäftigung setzt auch eine planvoll gelenkte Wirtschaft voraus. Diese ist aber nur unter der vollen Mitverantwortung der Arbeitnehmer möglich. Daher ist die Mitbestimmung als unteilbares Ganzes, angefangen von der Mitbestimmung im Betrieb bis hinauf zum Bundeswirtschaftsrat, durchzuführen.

Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Notwendigkeit einer Mitbestimmung von weiten Kreisen anerkannt wird, aber daß die Mitbestimmung selbst meist nur als ein Dekorum gewünscht wird, das an der einseitigen Beherrschung der Wirtschaft durch den Kapitalismus möglichst nichts oder recht wenig ändern soll.

Die Gewerkschaften wollen eine echte Mitbestimmung, und wir stellen die politischen Parteien vor die Entscheidung, wie sie sich zu diesen gewerkschaftlichen Forderungen stellen. Ich freue mich, hier - genau so, wie bei den Problemen der Sozialversicherung - feststellen zu können, daß die SPD nicht nur in vielen Ein-
zelheiten, sondern insbesondere auch im Grundsätzlichen mit uns in der Frage des Mitbestimmungsrechtes übereinstimmt, und daraus geht hervor, in welcher politischen Partei besonders die Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu suchen ist. (Beifall.)

Das dritte Problem ist die UberführungderGrundstoffindustrien in den Besitz der Allgemeinheit: die Sozialisierung. Auch hier werden sich die politischen Parteien entscheiden müssen, wie sie zur Neuregelung der Besitzverhältnisse in Stahl und Eisen, in der Kohle, in der Chemie und der Energie, abgesehen von einigen anderen wichtigen Dingen, stehen. Hierbei entscheidet sich auch, inwieweit die politischen Parteien, die vorgeben, Arbeitnehmerinteressen auch vertreten zu wollen, den gewerkschaftlichen Forderungen aufgeschlossen gegenüberstehen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wei $ß$, daß bei der SPD keine Notwendigkeit besteht, bezüglich der Frage der Uberführung der Grundstoffindustrien und der Durchführung der Sozialisierung besondere Erinnerungen anzubringen, sondern wir wissen, daß die SPD, aus ihrer sozialistischen Einstellung, aus ihrer Tradition und aus der Solidarität mit der gesamten Arbeiterbewegung heraus positiv und konsequent an die Erledigung dieser Frage herangehen wird.

Die Tagesordnung Ihres Kongresses ist nicht nur für die Gewerkschaftsmitglieder wichtig, die der SPD angehören, sondern sie ist auch von hoher Bedeutung und findet auch volles Interesse aller anderen Gewerkschaftsmitglieder, die der SPD als Mitglieder nicht angehören.

Ich möchte noch einmal abschließend betonen: Die Gewerkschaften sind zur Zusammenarbeit mit allen, die den gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber positiv stehen, bereit. Das ergibt sich schon aus der Funktion, die die Gewerkschaften im Wirtschaftsleben ausüben. Bei welcher Partei das Schwergewicht der Zusammenarbeit liegen wird, dürfte nicht schwer zu erkennen sein. (Beifall.) Ich hoffe nur, daß die breite Masse der Arbeitnehmerschaft daraus auch die politischen Konsequenzen zieht. (Bravorufe - starker Beifall.)

Ich bin gewiB, daß die SPD, getreu ihrem Programm und ihrer Tradition, mit vielen Forderungen der Gewerkschaften übereinstimmt. Wir werden daher den Verlauf Ihres Kongresses mit besonderem Interesse verfolgen. Ich zweifle nicht daran, daß der bestehende Kontakt noch enger gestaltet wird. Wir sind in der Gewerkschaftsbewegung überzeugt, daß unser Ziel - vereint mit allen politischen Freunden, und mag der Weg auch noch so schwer sein - erreicht wird.

In diesem Sinne wünscht Ihnen die deutsche Gewerkschaftsbewegung vollen Erfolg und weiterhin vorwärts und aufwärts. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossen, eine kurze Mitteilung zur Orientierung der Delegierten: Ich bin darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht zweckmäßig ist, die Delegiertenausweise auf den Plätzen liegen zu lassen, wenn jemand den Saal verläßt. Er hat dann keinen Ausweis und zwangsläufig Schwierigkeiten bei der Kontrolle.

Dann darf ich das Wort dem Vertreter der Genossenschaften geben, unserem Genossen Gustav Dahrendorf.

Gustav Dahrendorf, Hamburg: Es ist nur natürlich, daß eine Organisation, die vor 1933 bereits vier Millionen Familien als Verbraucher organisiert hatte und die heute bereits wieder annähernd $1^{1 / 4}$ Millionen Familien organisiert hat, bewegten Anteil nimmt an den Beratungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Darum habe ich die besondere Freude, Ihnen die Grüße des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften und der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften zu überbringen. Es sind Tausende und aber. Tausende persönliche Fäden, die die Deutsche Genossenschaftsbewegung mit der Sozialdemokratie verbinden. Aber nicht nur diese persönlichen Verbindungen sind es, - auf weiten Strecken der Sozial- und der Wirtschaftspolitik sind wir immer Weggenossen gewesen, sind wir heute Weggenossen, und so möchte ich hoffen, werden wir auch in Zukunft Weggenossen sein.

Unsere Aufgabe als Genossenschaft ist, einen Beitrag zum sozialen Aufstieg der breiten Massen des Volkes zu leisten. Unsere aktuelle und künftige Aufgabe wird insbesondere sein, jene neue soziale Ordnung, für die die Sozialdemokratie kämpft, auch wirtschaftlich fundieren zu helfen. So hoffe ich, daß wir von der politischen Ebene her zwar gar keine Bevorzugungen erfahren, auch nicht irgendwie eine Interessenwahrnehmung erfolgt, denn die Genossenschaften sind ja eine Bewegung der Selbsthilfe, aber daß tätige Freundschaft und aktives Interesse uns immer gerade von der politischen Ebene für und insonderheit von der Sozialdemokratie bekundet werden. In diesem Sinne begrüße ich Sie und wünsche Ihrer Tagung jeden denkbaren Erfolg. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Wir werden jetzt die Freude haben, Vertreter ausländischer Bruderorganisationen zu hören. Ich möchte jetzt zunächst Kenntnis geben von einem Telegramm: „Das Zentralkomitee der Ukrainischen Sozialistischen Partei übersendet dem Kongreß der SPD herzlichste Grüße." (Bravo - Beifall.)

Aus Italien waren die Vertreter beider sozialistischen Gruppen für unseren Parteitag angemeldet. Es wird uns jetzt mitgeteilt, daß es beiden unmöglich ist, zu kommen. Sie senden uns herzliche Grüße. (Beifall.) Der Vertreter der Labour Party kann erst am Montag hier eintreffen. Wir werden also dem englischen Genossen im Laufe der Tagesordnung, wenn er anwesend ist, die Möglichkeit zu einer Ansprache geben.

Ich gebe nunmehr das Wort dem Genossen Varjonen als Vertreter unserer finnländischen Bruderpartei.

Unto Varjonen, Finnland: Genossinnen und Genossen! Von der Sozialdemokratischen Partei Finnlands bin ich beauftragt worden, die Begrüßung der Partei an diesem Kongreß vorzubringen. Wir Sozialdemokraten haben uns zur Aufgabe gesetzt, eine innerlich freie und gesicherte Gesellschaft zu erbauen, friedliche und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Völkern zustandezubringen. Diese Aufgabe betrachten wir als positiv. Wir haben als Ziel die Verbesserung der vorherigen und der jetzigen Verhältnisse. In diesen Tagen können wir aber feststellen, daß die Sozialdemokratie einen großen Teil ihrer Kräfte für die Verteidigung der schon erreichten Werte gegen drohende Gefahren opfern muß. Die Schwierigkeiten kommen uns zuweilen unüberwindlich vor. So ist es in Finnland gewesen. Die Sozialdemokratie hat aber ihre Stellung und ihre Zukunftsmöglichkeiten verloren, wenn ihre Mitgliederscharen und ihre Leitung ihre Augen auf die vorkommenden Schwierigkeiten lenken. Dann dürfen sie ihren Kampfwillen nicht niederschlagen lassen, wenn wir nicht eines schönen Tages wieder Gefahr laufen wollen, daß die Sozialdemokratie nicht mehr existiert, daß die Freiheit sich in die Sicherheit der Gefängnisse verändert hat und die freundlichen Beziehungen der Völker in fortdauernden kalten oder heißen Krieg. Wir haben in Finnland die drohenden Gefahren in diesen Jahren vielleicht mehr gesehen als in manchen anderen Ländern. Wenn die finnischen Sozialdemokraten ihren Kampfwillen verloren hätten, wäre Finnland heute nicht mehr ein freies Land und eine Demokratie. (Beifall.) Wir haben einen harten Kampf für die Freiheit und für die Demokratie gekämpft, und diesen Kampf haben wir heute gewonnen. (Beifall.) Wir müssen zu kämpfen wagen, und wir müssen afür die Grundwerte der Demokratie zu kämpfen verstehen. Die Demokratie fordert jeden Mann und jede Frau auf ihren Wachtposten. (Bravorufe.) Die Kette bricht, wenn auch nur ein Ring, klein oder groB, versagt. Die finnischen Sozialdemokraten haben zu zeigen beschlossen, daß nur ein zerschmetternder Hammerschlag den Ring zerbrechen kann, den wir geschmiedet haben. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Es hat nunmehr das Wort der Genosse Erwin Schneider, Sekretär der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, als Vertreter der SPS.

Erwin Schneider, Schweiz: Geschätzte Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Freude, Ihnen die Grüße der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu überbringen. Es ist mir eine besondere Freude, hier als Delegierter an
diesem Kongreß teilzunehmen, weil wir wissen, welch große Probleme an diesem Kongreß zur Diskussion stehen, und weil wir wissen, welch große Bedeutung dieser Kongreß für die ganze freiheitlich demokratische Welt hat. Ich spreche als Delegierter einer kleinen Sozialdemokratischen Partei, einer Partei, die keine Aufbausorgen und Ihre eigenen Nöte kennt. Ich spreche als Delegierter einer Partei, die ebenfalls in ihrem Land den Kampf zu führen hat, wie es die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit mit sich bringt. Und wir sind darum daran interessiert, daß in der ganzen Welt die demokratische Front gestärkt wird, damit der soziale Neuaufbau der Welt Wirklichkeit wird. Mag dieser Kongreß mithelfen, dies herbeizuführen, damit die sozialdemokratische Bewegung groß, stark und mächtig sich bemerkbar machen kann. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Es spricht nunmehr der Genosse Olaf Landqvist aus Schweden. Er spricht auch für Norwegen. Der Genosse Landqvist ist in Deutschland nicht unbekannt. Er hat hier als Landarbeiter gearbeitet und ist auch in Deutschland tätig gewesen; nunmehr in Schweden in der Presse tätig.

Olaf Landquist, Schweden: Werte Genossinnen und Genossen! Von der Sozialdemokratischen Partei Schwedens und der Norwegischen Arbeiterpartei überbringe ich Euch die besten Grüße und spreche zugleich die Hoffnung für einen glücklichen und erfolgreichen Verlauf Eurer Verhandlungen aus.

In beiden Ländern, die ich hier vertrete, ist die Sozialdemokratie im Besitz der Regierungsmacht, in Norwegen nach einem kürzlich durchgekämpften und gewonnenen Wahlkampf. (Bravorufe.)

In Schweden ist die Sozialdemokratie seit 1932 ununterbrochen in der Regierung. (Beifall.)

Die neue internationale Krise hat auch Skandinavien hart getroffen und damit die Schwierigkeiten für die Arbeiterregierung erhöht. Durch eine entschlossene Politik gelang es aber, die Situation zu meistern und die Produktion ununterbrochen zu erhöhen. Es ist uns geglückt, die Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege auszubauen und auf verschiedene Weise den Wohlstand des Volkes in einem Ausmaße zu erhöhen, der uns mit Freude erfüllt und der dazu geführt hat, daß wir mit Stolz auf „den dritten Weg" als eine erfolgreiche Alternative verweisen können.

Eine ganze Anzahl von Parteitagsdelegierten kennen diese Verhältnisse.
Während der Hitler-Zeit lernten wir in Schweden viele deutsche Emigranten als gute Sozialdemokraten und gute Internationalisten kennen. Finige von ihnen sind bei uns geblieben und gute schwedische Bürger geworden, andere wieder sind in die Heimat zurückgekehrt und nehmen sicher an Eurer nicht gerade dankbaren Arbeit teil.

Genossinnen und Genossen! Mit großem Interesse nehmen wir an den Verhandlungen dieses Kongresses teil. Die Scheinwerfer der Welt sind in diesem Augenblick auf ihn gerichtet, weil er die deutschen Kräfte vertritt, die der Gegensatz zu denen sind, die Deutschlands Ansehen in der Welt schändeten: und weil die SPD der stärkste deutsche Faktor ist, von dem die Welt positive und vorwärtsweisende Impulse in der schweren Arbeit für Deutschlands und Europas Wiederaufbau erwartet. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Es spricht nun zu Ihnen der Genosse Grumbach aus Frankreich. (Lebhafter Beifall.) Der Beifall beweist, daß ich nicht nötig habe, ihn besonders vorzustellen. Als alter Schüler von Jean Jaurès hat er sich der Völkerverständigung gewidmet, hat Widerstand in Frankreich geleistet und sich auch nach 1945 ständig bemüht, eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Salomon Grumbach, Frankreich: Ich danke Ihnen allen, ich danke dem Vorsitzenden, obwohl ich vor seinem strengen Humor schon etwas Angst habe, weil man mir sagte, länger als fünf Minuten dürfte ich nichit sprechen. Man hat mich also gewissermaßen an die Kette gelegt. (Zwischenruf: „Gleichberechtigung für alle!") Aber die Vorgänge haben es mir noch schwerer gemacht, denn Sie haben mir durch Ihren Beifall nicht einmal die fünf Minuten gelassen. (Heiterkeit.) Sie
werden verstehen, was mir auf der Seele liegt; ich werde mich disziplinieren, wie es mein Temperament erlaubt. (Heiterkeit.)

Ich überbringe Ihnen die tiefgefühlten Grüße der französischen Sozialistischen Partei. Wenn es in der letzten Zeit hier und da in gewissen Fragen zwischen unseren beiden Parteien Schwierigkeiten gegeben hat, so seien Sie überzeugt, hat das keine wesentliche Bedeutung, wenn wir die gemeinsame Idee für die Zukunft, die gemeinsame Basis des sozialistischen Glaubens haben, und wenn wir entschlossen sind, in der gegenwärtigen Zeit alle die Mittel anzuwenden, die den Menschen die Sicherheit und Uberzeugung geben, daß unser Sozialismus weder der Totalität noch irgendwelchen Hypernethoden vergleichbar ist. Das ist das Wesentliche.

Ich will Euch noch die Grüße und besten Wünsche von einem Toten überbringen. Sehr wenige Tage vor dem Abschied für immer habe ich draußen in seinem Häuschen in Jouy-en-Josas mit Léon Blum über diesen Parteitag gesprochen. Er sagte mir, als ich ihm erzählte, daß er in diesem Saal sein würde: "Wissen Sie noch 1923, als wir zusammen in Hamburg waren und Sie meine Rede übersetzten?" In dem Augenblick, als wir zusammen saßen, stieg das ganze Erlebnis von damals vor meinen Augen auf: Ich sah Molkenbuhr, Kautsky, Bernstein und alle anderen, die eine Generation der Jugend bis zu ihrem Ende bildeten, weil sie ständig sozialistisch dachten und Sozialisten geblieben waren.

Gern bin ich in dem herrlichen Hamburg. In meinen jungen Jahren habe ich als Elsässer August Bebel mit zum Abgeordneten von Straßburg gewählt, weil er im Jahre 1871 den Mut hatte, allein im ersten deutschen Reichstag dem siegreichen Bismarck gegenüber den Protest zu erheben gegen eine Vergewaltigung, die schwere Folgen hatte. Hamburg, - in dem ich die Ehre hatte, im August 1946, wohl als erster französischer Politiker und Parlamentarier hier auf einer Großkundgebung zu sprechen, die ich in meinem Leben nicht vergessen werde, und die doch der erste Schlag gegen das tiefe Eis des fast ozeantiefen Mißtrauens war, wie ich es damals nannte. - Es ist auch heute noch nicht ganz verflogen. Heute noch müssen wir versuchen, uns gegenseitig zu verständigen über das, was der eine oder andere gelitten hat. Heute sind gewisse Diskussionen durch psychologische Hindernisse noch gehemmt; ja selbst unter manchen Genossen in den verschiedenen Ländern kann plötzlich etwas aufsteigen, was aus der Erinnerung des Entsetzens herrührt.

Das Fundament meiner Ansprache in Düsseldorf war, Kurt Schumacher, dem Schwerkranken, unsere besten Wünsche zu überbringen. Welche tiefe Freude ist es heute für mich, ihn zu sehen, geheilt, mit einem Gesicht, in dem Entschlossenheit und körperliche Gesundheit Ausdruck finden. Wenn das gewissen Leuten in Deutschland auch nicht angenehm sein mag, so dürfen wir uns sehr darüber freuen, daß seine Gesundheit und sein Temperament, diese Mischung aus Westpreußen und Marseiller Bürger, in seiner ganzen Leidenschaftlichkeit vor uns stehen. (Beifall.) Ihm will ich heute sagen: es kann Meinungsverschiedenheiten zwischen uns geben, aber deswegen wird keiner von uns vergessen, daran $z u$ denken, was du bedeutest als Symbol und Aktion.

Uber die unmittelbar interessierenden Fragen will ich ganz kurz sprechen: Wenn Ihr dagegen kämpft, daß gegenwärtig an der Ruhr die Lösung der Kohle-, Eisen- und Stahlfrage als evtl. Hindernis gegen die Sozialisierung erfolgt, so stehen wir französischen Sozialisten in diesem Kampf neben Euch! (Stürmischer Beifall.) Mögen Kohle, Stahl und Eisen sich über die deutsch-französischen Grenzen hinweg verheiraten, ja über Europa hinweg, dann muß - das ist unser Wunsch - England dabei sein. Wir wollen Europa, aber wir wollen kein Europa ohne England. Wir wollen Europa, aber kein Europa, das morgen nur eine Barriere bildet gegen den Vormarsch des Sozialismus. Wir wollen Europa, aber kein konservatives, kein sozialreaktionäres Europa. Wir wollen die Heirat von Eisen, Stahl und Kohle. Insofern haben wir als französische Sozialistische Partei den Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman, den wir vorher nicht gekannt haben, im Prinzip begrüßt als erstes Glied einer Kette, als etwas ganz Neuartiges. Wir haben uns aber vorbehalten, ihn in seinen Konsequenzen restlos zu prüfen, wie ihr es
in Eurer Partei selber getan habt. Wir werden einig sein mit Euch, wenn es zu verhindern gilt, daß dieser Vorschlag Wirklichkeit wird - nach dem die Rohstoffreichtümer - wenn auch auf Umwegen - in Deutschland und auch in anderen Ländern denselben Besitzern zurückgegeben werden, auf denen das Blut des Hitlerterrors lastet, seien es auch andere Kapitalisten deutscher, englischer, französischer oder amerikanischer Herkunft. (Beifall.)

In dieser entscheidenden Frage besteht eine Gemeinsamkeit, die wichtiger ist als viele andere, kleinere Differenzen. Ja, morgen wird es zu zeigen gelten, was wir internationalen Sozialisten zu tun vermögen. Was wären wir imstande zu tun, wenn nicht auf uns jene unselige Spaltung der Arbeiterklasse lastete! (SeMr gut!)

Im Jahre 1915 sagte mir Lenin während eines Spazierganges zum erstenmal: Wir müssen die Arbeiterinternationale spalten. Ich antwortete ihm: Lenin, Sie sagen, wir müssen, Sie sagen nicht, sie ist unvermeidlich. In Ihrer Absicht steckt der Wille, sie zu spalten. Die Folgen würden unermeßlich sein!

Oft habe ich eine Vision. Wäre die russische Revolution von 1917 den Weg des demokratischen Sozialismus gegangen, wäre diese Revolution das geworden, was wir erträumt haben, anstatt nur zu einem Nichtkapitalismus mit totalitärem Terrorismus zu werden, Europa wäre sozialistisch, die Arbeiter wären sozialistisch. (Beifall.)

Die Welt würde hinter diesem sozialistisch-demokratischen Rußland stehen. Keine Kriegsgefahr wäre mehr da, keine Atombombenenergie-Diskussionen wären nötig. Daran wollen wir denken an diesem Parteitag, von dem ich weiß, welch schwere Probleme er zu lösen hat. Darf ich den Vertretern der Gewerkschaften sagen, daß wir die bestehende schmerzvolle Eifersucht überwinden müssen. Diese Taktik ist notwendig. Wir haben in Frankreich auf der einen Seite eine mächtige Kommunistische Partei, auf der anderen Seite eine Gewerkschaftsbewegung, die in die Hände der Kommunisten gefallen ist, weil die Sozialisten drüben in der Gewerkschaftsbewegung nicht rechtzeitig erkannt haben, daß, wie es gesagt wurde, es keine Unvereinbarkeit gibt zwischen der Neutralität der Gewerkschaften und den Ideen, die die Ideen der Vertreter der Arbeitnehmer in Deutschland wirklich sind.

Wenn Euer Parteitag hier zu Ende geht, beginnt in Paris unser Parteitag, und ich werde dort anwesend sein. Dann aber werde ich nach Kopenhagen zum Internationalen Kongre $ß$ fliegen, auf dem, zum ersten Male seit dem Kriege, drei Sitzungen stattfinden werden, wie es die besten Traditionen der Vergangenheit verlangt haben. Mögen Sie daraus erkennen, daß bei aller Schwäche, weil wir uns nicht selbst irreführen, weil wir der Welt nichts vormachen, unsere Internationale besteht.

In diesem Sinne Glückauf und die Gewißheit, daß es ohne die deutsche Sozialdemokratie - das ist der Schlußsatz, mit dem mein Artikel gestern morgen im französischen Zentralorgan „Populaire" schließt - niemals eine dauerhafte, solide demokratische Republik geben kann. Auf Euch liegt die Hoffnung der Welt. (Langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Mir fäll die Aufgabe zu, den Genossen, die hier das Wort an uns gerichtet haben, zu danken. Damit ich auch die Zeit innehalte, kann es nur mit wenigen Worten sein. Ich danke der Hamburger Organisation, die die mühselige Arbeit der Vorbereitung auf sich genommen hat. Ich danke dem Bürgermeister dafür, daß er uns in Aussicht gestellt hat, uns die Tage so angenehm wie möglich zu machen. Ich, bin fest überzeugt, daß er sein Wort halten wird. Ich danke dann den Vertretern der Gewerkschaften und Genossenschaften. Das, was Sie uns gesagt haben, beweist, daß wir in vielen Fragen, und insbesondere in den allerwichtigsten, in völliger Ubereinstimmung sind. Und ich kann deshalb nur den Wunsch aussprechen, daß es uns in gemeinsamer Arbeit durch Anspannung aller Kräfte gelingt, diese gemeinsamen Ziele zu erreichen. Ich darf dann den ausländischen Genossen danken, daß sie sich zum Sprachrohr ihrer Verbundenheit mit uns gemacht haben. Das gibt uns die Hoffnung, daß wir in gemeinsamer Arbeit mit ihnen einmal die Welt werden neu ge-
stalten können, daß wir in der. Lage sein werden, durch enge Zusammenarbeit, durch Anspannung aller unserer Kräfte ein neues Europa und eine neue bessere Welt zu gestalten. In diesem Sinne danke ich allen, die uns hier begrüßt haben.

Dann darf ich vor Schluß der Mittagssitzung noch die Delegierten, die in die Mandatsprüfungskommission gewählt sind, bitten, sich hier auf der Bühne mit dem Genossen N a u zu versammeln. Es ist nötig, daß ich die Namen noch einmal sage: Karl Koch, Düsseldorf; Walter Feiler, Wiesbaden; Frau Margot Bergmann, Regensburg; Werner Zutz, Oldenburg, Eitel Höhne, Eschwege; von Mainz der Genosse Rudolf Heimlich, von Berlin Alex Voelker und von Hannover Alfred Thomas. Die Genossen werden alle gebeten, sich hier oben mit dem Genossen Nau zu versammeln. Und dann darf ich darauf aufmerksam machen, daß nunmehr diejenigen Genossinnen und Genossen, die den Wunsch haben, an der Kranzniederlegung in Ohlsdorf teilzunehmen, unter vorläufigem Verzicht auf das Mittagessen sich jetzt nach draußen begeben müssen, um die Fahrt nach Ohlsdorf anzutreten. Für diese Genossen wird nach der Rückkehr das Mittagessen bereitstehen. Ich schließe dann die Vormittagssitzung. Wir beginnen um 15 Uhr wieder, wie wir hier beschlossen haben.

Eine Delegation des Parteitages fährt zu dem hamburgischen Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Ohlsdorf. Paul Löbe spricht dort einige ergreifende und ermahnende Worte des Gedenkens und der Verbundenheit:

## Nachmittagssitzung

Vorsitzender Schönfelder: Ich gebe dem Hause zunächst einige Telegramme und Begrüßungsschreiben bekannt:
„Dem Parteitag einen guten Verlauf wünscht aus dem Krankenhaus der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Hamburg, Heinrich Steinfeldt."
Eine weitere Depesche:
„In enger Verbundenheit wünschen wir dem Parteitag gutes Gelingen und für die zukünftige Arbeit vollen Erfolg. Dina und Friedl Vogel."
Der Genosse Stampfer ist erkrankt und verhindert, am Parteitag teilzunehmen. Wir bedauern das sehr. Dann wird aus New York depeschiert:
„Zum Abschluß unserer Studienfahrt durch die USA und als Zeichen unserer Anteilnahme am Geschehen in der Partei senden wir unsere herzlichsten Grüße und wünschen vollen Erfolg für die Arbeit des Parteitages. Willy Fischer, Irma Keilhack, Erwin Lange, Willy Lausen, Bruno Leddin.

Den Grüßen und Wünschen der deutschen Genossen schließt sich an die Deutsche Sprachgruppe der Social Democratic Federation of USA. Kurt Lichtenstein, Gerhard Gerechter."
Ein weiteres Telegramm:
„In treuer Verbundenheit sendet die Vereinigung Deutscher Sozialdemokraten in Großbritannien dem Parteitag herzliche Wünsche. Besondere Grüße den Berliner Genossen, unseren ehemaligen Mitgliedern und Londoner Gästen, unserem langjährigen Vorsitzenden Wilhelm Sander und Percy Knight, Labour Party. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie und der internationale Sozialismus. Fritz Segall."
„Ein schönes Gelingen und einen guten Erfolg wünscht Euch Eure Lisa Albrecht", die sich das zweite Bein jetzt auch gebrochen hat. (Heiterkeit.)
Christian Stock entschuldigt sich wegen anderer Inanspruchnahme, daß er nicht an unserem Parteitag teilnehmen kann.

Dann ist Ihnen eine Zuschrift des Genossen Julius Braunthal, Sekretär der Internationalen Sozialistischen Konferenz, bekannt, die auch in der Presse veröffentlicht ist.

Dann ein nettes Schreiben aus Luxemburg. Unsere Genossen dort wuinschen uns besten Erfolg im Interesse des deutschen Sozlalismus.

Die Genossen aus Ottawa, Kanada, schreiben ebenfalls einen schönen Brief, in dem es zum Schluß heißt:
„In jedem Falle möchte ich diese Gelegenheit benutzen, der SPD anläßlich ihres Parteitages die wärmsten Grüße der CCF zu übermitteln. Wie alle Sozialisten wünschen auch die Sozialisten Kanadas Ihnen in Ihrem Kampf für ein demokratisches Deutschland und ein freies, blühendes Europa alles Gute."
Die Genossen aus Uruguay senden uns ein Schreiben, in dem es heißt:
"Wir haben Ihren Brief vom 14. April 1950 erhalten und bedauern sehr, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir im Augenblick nicht die Mittel aufbringen können, die eine Delegation zu Ihrem Parteitag kosten würde.

Wenn wir auch leider nicht persönlich dort anwesend sein können, so gestatten Sie mir aber nichtsdestoweniger Ihnen die Versicherung zu geben, daß wir keinen Augenblick vergessen werden, daß wir Genossen sind, die zusammen für eine freie und sozialistische Welt kämpfen. Ich bitte den Genossen des Parteitages unsere brüderlichen Grüße zu übermitteln."
Dann ist ein Schreiben der Sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas eingegangen, die uns auch alles Gute wünschen. Sie schreiben am Schluß:
„Wir sind Eurer Partei auch dankbar für das Verständnis für unsere Bestrebungen im Exil und für die Hilfe, welche sie unserer Sache erwiesen hat. Die sozialdemokratischen Parteien, welche in unserer Union vertreten sind, wollen ihre Pflicht gegenüber dem arbeitenden Volk unserer Länder sowie gegenüber dem internationalen Sozialismus erfüllen."
Dann hat die Sozialistische Partei Belgiens uns ein Schreiben geschickt:
"Angesichts der politischen Situation unseres Landes ist es uns nicht möglich, Ihrem Parteitag beizuwohnen. Wir wünschen Ihrem Parteitag den besten Erfolg und bitten Sie, liẹe Genossen, unsere brüderlichen Grüße entgegennehmen zu wollen."
Das sind die Telegramme und Begrüßungsschreiben. Wir werden von hier aus den Genossen für ihre freundliche Anteilnahme und ihre guten Grüße und Wünsche herzlich danken.

Damit wäre die Begrüßungsangelegenheit-erledigt, und wir kommen zum weiteren Punkt der Tagesordnung. Zuvor noch eine Bekanntmachung: Wer etwa Lust hat, hier ins Theater zu gehen, muß bis mittags 12 Uhr im Parteitagsbüro davon Mitteilung machen, später werden Karten nicht mehr reserviert werden können.

Vorsitzender Meitmann: Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 2. Das Präsidium ist sich einig geworden, dem Parteitag vorzuschlagen, daß wir auch den Punkt 3 gleich mit den Organisationsberichten verbinden und gemeinsam mit diesen Berichten diskutieren. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, dann werden die Tagesordnungspunkte 2 und 3 in einem abgewickelt. Ich erteile jetzt das Wort als erstem Berichterstatter dem Genossen Egon Franke.

Egon Franke (Parteivorstand): Genossinnen und Genossen! Seit dem Parteitag im September 1948 in Düsseldorf hatte die Partei eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen, hatte die Partei eine Fülle von Problemen zu lösen, die teils durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, teils durch die Neuordnung Westdeutschlands zur Bundesrepublik der Partei zugetragen wurden. Die vorausgehende Währungsreform wirkte sich nicht nur finanziell ungünstig aus, sondern brachte eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich, die sich äußerst lähmend auch auf das organisatorische Getriebe der Partei auswirkten. Wir wissen alle aus der eigenen Erfahrung beim Parteivorstand und in den Bezirken, daß viele Pläne und Hoffnungen mit der Währungsreform zunichte gingen, nicht durchgeführt werden konnten, und manches, was in langjährigen Arbeiten vorbereitet werden konnte, sich durch den Mangel an dem notwendigen Geld zerschlug.

Ich möchte zur Erläuterung des Jahrbuches, in dem über die organisatorische Situation im einzelnen berichtet wird, noch einige Illustrationen, noch einige Hinweise geben, um wesentliche Punkte herauszustellen.

